Täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Einzel. Nummer 10 Pfge.
Auflage 35000 Exempl.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuskripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.
Annoncen-Annahme auswärtiger Bureaux: Haasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureau V. „Invalidendank". — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Abds. 5 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt nur an Wochentagen: gr. Klostergasse Nr. 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.
Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.
Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

Koppel & Co.,
Bankgeschäft,
Schloss-Strasse 19,
Ecke der Sporergasse.

Nacht-Telegramme.

Berlin, 5. Mai. Fürst Hohenlohe-Langenburg beantragt: die Antivivisectionspetitionen dem Reichskanzler zur Erwägung zu übergeben mit dem Ersuchen, eine amtliche Untersuchung der Mißbräuche der Vivisection anzuordnen.

Belgrad, 5. Mai. Im Bezirke Prizrend sind größere Ruhestörungen vorgekommen. Viele Serben wurden von den Arnauten getödtet. 80 Familien retteten sich auf serbisches Gebiet.

Pest, 5. Mai. Das Unterhaus genehmigte die Eisenbahn-Convention mit Serbien. Im Laufe der Debatte erklärte der Minister der öffentlichen Arbeiten, die Regierung habe nicht nur die Absicht, den Gesetzentwurf betreffend den Bau der Eisenbahn von Pest bis Semlin vorzulegen, sondern wünsche auch, daß derselbe noch in dieser Session verhandelt werde und Gesetzeskraft erlange.

Ed. Hirschfeld's
Reitbahn und Tattersall und Pensionsstallungen
2 Struvestrasse 2.
Annahme von Pensionspferden.

Nr. 127. 25. Jahrg. 1880. Witterungsaussichten: Vorwiegend trübe, Temperatur dieselbe, zeitw. regnerisch u. neblig. **Dresden. Donnerstag, 6. Mai.**

Politisches.

Eines der wenigen, aber tiefeinschneidenden Gesetze, welche der jetzige Reichstag erledigen soll: die Verlängerung des Sozialistengesetzes, ist nunmehr mit zwei Drittel Mehrheit endgiltig beschlossen worden. Das war voraus zu sehen. Auch die Sozialdemokraten täuschten sich nicht über die Erfolglosigkeit jedes Abschwächungsantrages. Sie unterließen jeden derartigen Versuch. Ja, der rotheste und wildeste unter ihnen, Herr Hasselmann, verhöhnt die gemäßigtere Richtung innerhalb seiner Partei als Schwätzer, er stößt die Rednertribüne der Volksvertretung verächtlich mit dem Fuße um und commandirt die Arbeiter zum Barrikadenbau. Nicht die Reform, selbst nicht eine radikale, unserer gesellschaftlichen Zustände genügt dem guten Hasselmann, das Alles ist ihm Kinderei, Firlefanz, Gaukelei — er berauscht sich an den Schandthaten der russischen Nihilisten und der französischen Communarden. Weg mit dem Parlamentsgeschwätz! Werft den Feuerbrand in die Schlösser der Könige, in die Paläste der Reichen, in die Häuser der wohlhabenden Bürger! Mordet die Fürsten, guillotinirt die Bürger! Petroleum und Dynamit, davon allein kommt das Heil! Das ist der Inhalt des Hasselmann'schen Programms der Sozialdemokratie. Diese aufrührerische Predigt hielt er herab von der im Uebrigen von ihm verächtlich geschmähten Reichstagstribüne. Er ruft zum Aufruhr, er zieht angesichts der Nation die Sturmglocke der Revolution. Eine bessere Befürwortung des Sozialistengesetzes konnte dessen beredtester Vertheidiger nicht liefern, als der avancirteste Vertreter der Sekte, gegen welche sich die Schärfe des Sozialistengesetzes richtet. Das gerade ist mit das Gefährliche der Sozialdemokratie, daß regelmäßig und unaufhaltsam die gemäßigteren Elemente durch die vorgeschrittenen überflügelt, zurückgedrängt und unterdrückt werden. Käme je ein Hasselmann in den Besitz der Gewalt, er hätte gar nichts Eiligeres mit Bebel und Liebknecht zu thun, als was diese kurz vorher mit allen Stützen der Gesellschafts- und Staatsordnung gethan hätten. Den in's Rollen gerathenen Stein aufzuhalten, sind die Arme der gemäßigten Sozialdemokraten viel zu schwach.

Was Liebknecht in seiner Rede über die Nichtzugehörigkeit Nobiling's zur Sozialdemokratie sprach, mag nicht bestritten werden; aber soviel ist nicht zu verkennen, daß die Aufruhrpredigten, wie sie bis zum Sozialistengesetze ungestraft in Wort und Schrift durch Hasselmann u. Gen. gehalten wurden, eine Saat ausstreuten, aus welcher solche Naturen, wie Hödel und Nobiling, Anlaß und Muth zu ihren abscheulichen Verbrechen fanden. Die Attentate sind die logische Folge der wüsten Agitation, mag diese Consequenz beabsichtigt sein oder nicht. Doch lassen wir den blutigen Schatten Nobiling's. Nur ein Excurs der Liebknecht'schen Rede giebt uns Anlaß zu einer Bemerkung. Liebknecht fuhr wie ein Wüthender gegen den Hofprediger Stöcker los und bezeichnete die „Judenhatz als die größte Schmach der Gegenwart". Gäbe es wirklich eine Judenhatz, so wäre sie in der That schmachvoll. Was man aber so nennt, ist Nichts als die endliche Abwehr des Volkes gegen die Ausbeutung und den Wucher. Die Religion macht darin keinen Unterschied; es giebt genug und mitunter noch viel ärgere Ausbeuter und Wucherer auch unter den auf Christi Namen Getauften. Leider erblickt aber das Volk unter Denen, welche ihre Glücksgüter zur Ausbeutung und Unterdrückung mißbrauchen, eine recht beträchtliche Zahl Semiten. Ein geschäftliches Gebahren, eine Häufung von Grund- und allem anderen Besitz, ein Hinauswerfen der Christen aus dem Erbe ihrer Väter hat platzgegriffen und äußert sich nicht selten unter so widerlichen, abstoßenden und brutalen Formen, daß eine förmliche Angst das Volk ergriffen hat: es könne, wenn die jetzige semitische Minderheit allmälig so weiter an Herrschaft gewinnt, wie bisher, nicht mehr lange dauern, dann hat das Volk einen so gewaltthätigen und hartherzigen Herrn erhalten, daß gegen ihn alle Tyrannei von Fürstengewalt und Kirche, von welcher die Geschichte berichtet, Kinderspiel ist. Gegen die Herrschaft dieses neuen, dem deutschen Volke wie Genius fremden Tyrannen bäumt sich die gehetzte Volksseele auf. Liebknecht versteht entweder in der Volksseele nicht zu lesen, oder wenn er gar als Vertheidiger der Pharisäer auftritt, so hat er dazu besondere Gründe. Der Großkapitalismus ist der geheime Verbündete und der Unterstützer der Sozialdemokratie. Die jüdischen Weltbankiers erstreben die Alleinherrschaft über die Schätze der Erde. Den mächtigsten Widerstand setzt diesem Streben der geordnete Reichthum, der Wohlstand des arbeitenden Bürgerthums entgegen. Diesen gilt es zu zerrütten. Kein besseres Mittel dazu, als der Neid und die Habsucht der Besitzlosen, als der Unfriede zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Daher unterstützt der Großkapitalismus die Sozialdemokratie mit reichen Geldmitteln wie durch Stellung von Agitatoren. Die Mehrzahl der sozialistischen Führer waren und sind Juden, von Lassalle und Marx angefangen bis zu Kayser herab. Nichts haßt dieser Großkapitalismus mehr als geordnete gewerbliche Zustände, die durch Corporationen sich der allmäligen Aufsaugung durch ihn zu widersetzen wissen. Darum giebt es auch keine Rettung vor der Zerreibung des Bürgerthums, an der von zwei Seiten der Großkapitalismus und die Sozialdemokratie arbeiten, als Neuordnung der Gewerbsverhältnisse, nicht blos des Handwerks, sondern auch des Fabrikwesens und die Erfüllung berechtigter Forderungen der Arbeiter, wie Erwerbsgenossenschaften und Unterstützungskassen.

In Hamburg macht sich die Bevölkerung auf das Aeußerste gefaßt. Eine Aufregung hat sich der Hanseaten vom reichen Kaufherrn bis zum Hafenarbeiter bemächtigt, als stände eine Belagerung durch den Feind bevor. Zwar hat sich nicht bestätigt, daß die Zollvereinsniederlage gekündigt worden wäre — dazu ist nur der Bundesrath, nicht der Kanzler allein berechtigt —, aber man macht sich auf noch ganz Anderes gefaßt. Den großen Hamburger Viehhandel, durch den zum guten Theil England mit Rindvieh versorgt wird, hat ein schwerer Schlag getroffen. Das nicht direct verschiffte Vieh wurde von den dasigen Viehhändlern bis zum Verkauf auf Wiesen gegräst, die sämmtlich im Zollvereine liegen. Das einstweilen dahin geschaffte Vieh bezahlte bisher keinen Eingangszoll, weil es ja wieder in's Ausland ging, sondern blieb dort unter Zollcontrole. Jetzt muß es den hohen Viehzoll entrichten, selbst wenn es in's Ausland geht oder wenn die Händler dies nicht wollen, müssen sie es zu jedem Preise losschlagen. Ferner soll bald eine beträchtliche Vermehrung der Hamburger Garnison eintreten. Bismarck hat erklärt, zwei Bataillone seien zu wenig, um die Ordnung in einer aufgeregten Bevölkerung von 350,000 Seelen aufrecht zu halten. Der Stadt wird daher der Bau großer Kasernen angesonnen, und bis dahin sollen die Bürger durch Einquartierung von Soldaten mürbe gemacht werden. Also eine neue Auflage der Strafbaiern. Auch gegen den Colonialhandel Hamburgs, sein Spiritus- und Getreidegeschäft hat man Maßregeln vor. Woher aber Alles dies? Es wäre nicht gerathen, frei zu reden. Gewiß spielt der Widerstand der Hamburger Kaufmannswelt gegen die Samoagründung eine bedeutende Rolle. Die Hamburger lieferten dem Reichstage das Material zum Erkennen der Ungesundheit dieser Gründung. Ebenso fällt der Umstand in's Gewicht, daß die Hamburger das Eingehenlassen der von der in Hamburg domicilirenden Norddeutschen Bank gegründeten „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" verlangen. Seiner Zeit haben nämlich die Guanohändler Ohlendorff in Hamburg die Norddeutsche Bank veranlaßt, das Geld zur Gründung jener Zeitung herzugeben, und da sie sie der Regierung zur freien Verfügung stellten, wurden sie dafür geadelt. Nun sind die Hamburger außer sich, daß ihr eigenes Geld dazu dient, sich in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" einen äußerst gefährlichen Feind zu erhalten. Der Hauptzweck des ganzen Angriffs auf Hamburg aber geht, wie schon erwähnt, darauf, Hamburg zum Aufgeben seiner Freihafenstellung zu zwingen. Aehnliches ist bezüglich Bremens in Absicht. Wie Altona und St. Pauli, wird der Zolleintritt von dem preußischen Geestemünde und von Bremerhaven beantragt. Nur liegt bei diesem Antrage keine Verfassungsverletzung vor, da Bremerhaven bekanntlich keinen integrirenden Theil des Bremer Stadtgebiets bildet, wie St. Pauli von Hamburg, sondern viele Meilen unterhalb Bremens liegt. Uebrigens müssen sich die Hamburger bereits die Schadenfreude der Frankfurter gefallen lassen. Die „Frankfurter Zeitung" erinnert daran, daß Hamburg jubelte, als die Schwesterstadt am Main 1866 annectirt wurde, daß es stets die Gefügigsten unter den Gefügigen nach Berlin schickte. Die Hamburger Abgeordneten und Bundescommissäre waren stets die tollsten Nationalliberalen, sie stimmten stramm für die Schwächung Sachsens und des Bundesstaatsprincips. Jetzt, wo es ihnen an den Geldbeutel geht, schreien sie Ach und Weh. Wären wir unedelmüthig, so weideten wir uns an ihrer Angst; verdient haben sie die Hamburger. Es kommt eben Jedem einmal sein Tag. Aber wir wissen, daß man das Recht eines Jeden achten soll; so meinen wir: laßt es mit der Angst genug sein! Keinen Gewaltstreich!

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Berlin, 5. Mai. **Reichstag.** Die Kommission für die Elbschifffahrtsacte hat sich constituirt und v. Seydewitz zum Vorsitzenden und Eysoldt-Pirna zum Schriftführer gewählt. Die Berathung über die von Ackermann 2c. beantragte weitere Abänderung der Gewerbeordnung betreffs des Gewerbebetriebes der Auctionatoren, Hausirgewerbe, Wanderlager 2c. wird fortgesetzt. Die Kommission empfiehlt: den Antrag dem Reichskanzler für die in Aussicht gestellte Revision der Gewerbeordnung zur Erwägung zu überweisen. Schwarz (Fortschritt) dafür. (Er hat sich sonach von seinen Fraktionsgenossen getrennt.) Löwe-Berlin dagegen. Der Großverkehr regulire sich von selbst; z. B. gegen die Leipziger Rauchwaaren-Auctionen bedürfe es keiner Maßregeln. Beim kleinen Wanderlagerbetrieb hätten sich allerdings Mißstände herausgestellt. Er sei infolge der Ueberproduktion, die für Unmassen von auf den Markt geworfener Waaren einen ungewöhnlichen Absatzweg bedingten, mächtig gewachsen. Die Gesetzgebung habe aber auch hier nicht das Recht, regulirend einzugreifen; auch genügen Besteuerung des Wanderlagerbetriebes und scharfe Strafen gegen Ueberschreitungen desselben. Ein großer Vortheil der Wanderlager sei, daß sie das Baarzahlungssystem förderten. Ackermann: Löwe habe eine strenge Kritik gegen die Petition der Leipziger Handelskammer gefällt, aber die Kammer verlange ja kein Verbot der Rauchwaarenauctionen, sondern nur Ausübung dieses Gewerbes durch concessionirte Auctionatoren. Gerade das Rauchwaarengeschäft verlange große Solidität. Es handle sich nicht um Verhinderung, sondern nur um gesetzliche Regelung des Wanderlagerbetriebes. Redner widerspricht der Behauptung Löwe's, die Petitionen gegen die Wanderlager 2c. hätten ihren Ursprung im Brodneid; sie vertheidigten die Solidität gegen die Unsolidität. Die Rauchwaaren müßten freilich vertrieben werden; aber die hier in Frage kommenden Geschäftsleute vertrieben sie als gute, solide Waaren im Gegensatz zur sächs. Porzellanmanufaktur, die Ausschußwaaren auch als solche versteigern lasse. Hierauf werden die Kommissionsanträge angenommen. Dr. Freiherr von Hertling berichtet hierauf über die Anträge wegen Neubelebung der Innungen. Die Kommission empfiehlt hierzu, die Gewerbeordnung zum Zwecke einer weiteren Entwickelung der den Innungen zustehenden gewerberechtlichen Befugnisse zu revidiren. Zugleich werden die Gesichtspunkte angegeben, von denen hierbei ausgegangen werden soll. Die wesentlichsten sind: Kein Innungszwang, Berechtigung der Innungsmitglieder, den Titel „Meister" zu führen, Feststellung der Thätigkeit der Innungen, Aufsicht über Lehrlings- und Gesellenwesen, eventuell Anordnung, daß nur Innungsmitglieder Lehrlinge ausbilden dürfen, legitime Vertretung der Gewerbe durch die Innungen, Erlaß von Normativbestimmungen für Bildung neuer oder bestehender Innungen durch die Landesbehörden. Dr. Delbrück: Das Gewerbe sei im Kampfe mit der Großproduktion thunlichst auch gesetzlich zu schützen, aber die Innungen seien hierzu nicht der einzige geeignete Weg, wie die Gewerbevereine beweisen. Er sei indeß bereit, die alte Form der Innungen mit beleben zu helfen, insofern dadurch nicht allgemeine Interessen verletzt würden. Dies geschehe durch die Commissionsvorschläge, welche den Innungen behördliche Befugnisse Gesellen und Lehrlingen gegenüber geben wollen. Thatsächlich handele es sich theilweise um Innungszwang, aber dann bedürfe es auch einer ganz anderen behördlichen Aufsicht über die Innungen. Voraussetzung für seine Zustimmung sei, daß die Innungen wirklich freiwillige seien, daß weder direkt noch indirekt ein Beitrittszwang stattfinde. von Helldorff-Bedra (kons.) erinnert zunächst daran, daß es sich zur Zeit ja noch nicht um Feststellung einer Gewerbeordnungsrevision handle und vertheidigt dann die vom Vorredner angegriffenen „Gesichtspunkte". Die Hebung des ganzen nationalen Erwerbslebens komme hier in Frage. Auch der Fabrikbetrieb bedürfe des tüchtig ausgebildeten Handwerkers und könne doch diese Ausbildung nicht geben. Man sage oft, die Innungsfrage sei nur konservative Agitation; damit überschätze man die Thätigkeit der Partei, während man die Wichtigkeit der Frage unterschätze. Die Vorschläge ständen auf dem Boden der Freiwilligkeit; wollten die Conservativen Agitation treiben, so würden sie Zwangs-Innungen und Arbeitsbücher verlangen und sie würden den gesammten deutschen Handwerkerstand hinter sich haben. Wöllmer (Fortschr.) weicht in 3½stündiger Rede gegen die Anträge mehrfach vom Gegenstande recht wesentlich ab. Die Petenten für Wiedereinführung der Innungen seien sich nicht recht klar über die Bedeutung ihrer Forderung. Stumm kann nicht in das absprechende Urtheil, das von der linken Seite des Hauses über eine zahlreiche und intelligente Bevölkerung gefällt worden, einstimmen. Der Kommissionsvorschlag enthalte die rechte Mitte zwischen Zwangs-Innungen und absoluter Freiheit. Er beantragt: Innungsmitgliedern das Recht zu ertheilen, sich „Innungsmeister" zu nennen (so daß sich auch Nichtinnungsmitglieder „Meister" nennen dürfen); ferner: daß sich die Thätigkeit der Innungen mit über die, indeß nur vorläufige Entscheidung über Dauer und Aufhebung des Lehrverhältnisses erstrecken kann; endlich: daß die event. zu erlassende Verordnung, nach welcher für Gewerbe, für welche Innungen bestehen, nur Innungsmitglieder Lehrlinge zur Ausbildung annehmen können, widerruflich sei. Die Anträge der Kommission werden mit den Stumm'schen Amendements angenommen.

Berlin, 5. Mai. Heute fand keine Bundesrathssitzung, sondern nur Sitzung der Ausschüsse statt.

Berlin, 5. Mai. Auf der gestrigen Soirée bei Bismarck waren 250 Theilnehmer. Aus der Unterhaltung ging hervor, daß Bismarck auf einen friedlichen Ausgleich mit dem Papst rechnet.

Berlin, 5. Mai. Im Bundesrath hat man sich noch nicht schlüssig gemacht, an welchen Ausschuß der Protest Hamburgs gegen Preußens Antrag gewiesen werden soll.

Berlin, 5. Mai. Die Hamburger Abgg. Wolffsohn und Moebring, welche von einer Audienz beim Fürsten Bismarck zurückgekehrt sind, haben den Antrag der Abgg. Lasker und Eugen Richter: den preußischen Antrag auf Einverleibung St. Paulis als verfassungswidrig zu bezeichnen, nicht mit unterschrieben.

St. Petersburg, 5. Mai. Es erging der Befehl, daß nur der Kaiser Begnadigungen auszusprechen habe. — Aus Tiflis wird von einer großen Heuschreckencalamität berichtet.

England. Die indische Regierung meldet, die Kosten des afghanischen Krieges dürften den Voranschlag mindestens um vier Millionen Pfund Sterling übersteigen. Die Militärverwaltung übernimmt die Verantwortung.

Kabul, 4. Mai. Der englische General Roberts im Lager von Sherpur wird durch den General Donald Stewart abgelöst und kehrt nach England zurück.

Locales und Sächsisches.

— Vom Herzogl. Sachsen-Ernestinischen Hausorden erhielten das Großkreuz: die Generalleutnants von Carlowitz und Freiherr von Hausen, das Comthurkreuz 2. Klasse: die Majors von Ehrenstein und von Minckwitz, sowie das Ritterkreuz 1. Klasse der Rittmeister Edler von der Planitz. — Der Gemeindeälteste Schulze in Wurbis hat das allgemeine Ehrenzeichen erhalten.

— Der Director des Museums für Völkerkunde zu Leipzig, Dr. Obst, welcher sich bei der Gründung und um das weitere Emporblühen dieses wissenschaftlichen Instituts in hervorragender Weise Verdienste erworben hat, ist mit dem Komthurkreuz des russischen Stanislausordens ausgezeichnet worden.

— Unter den Geschenken, welche unserem Königspaare zur Feier seiner silbernen Hochzeit dargebracht wurden, befand sich auch eine stylvolle, prächtige Ausstattung des kleinen Tafelsaales der Albrechtsburg in Meißen. Es war dies die Ehrengabe der 5 Kreisstände des Königreichs. Damals war jedoch nur ein Theil dieser Zimmerausstattung fertig, nämlich außer zwei reichgestickten Bannern nur einige Stühle. Inzwischen ist das ganze Ameublement vollendet worden. Nächsten Dienstag, den 11. Mai, soll nun die Uebergabe desselben durch die Direktorien der 4 Kreisstände der Erblande und die der Lausitz (30 Rittergutsbesitzer und Bürgermeister) an das Königspaar erfolgen. Die Majestäten werden sich zu diesem Behufe nach der Albrechtsburg in Meißen begeben. Der Feierlichkeit folgt ein vom Oberhofmarschallamte servirtes Dejeuner in der Albrechtsburg.

— Aus Sachsen sind dem Reichstage folgende Petitionen zugekommen: Die Handelskammer zu Leipzig und der Zweigverein Leipzig für Handelsgeographie 2c. bitten um Annahme des Gesetzentwurfs, betr. die Unterstützung der „Deutschen Seehandels-Gesellschaft". Die Handels- und Gewerbekammer zu Plauen petitionirt um Declarations- und Versicherungsfreiheit für die mit der Post zu versendenden Werthbriefe und Werthpacketsendungen im internationalen Verkehr. Die Tapezirer-Innung zu Chemnitz bittet um Abänderung des Innungswesens, der Gesellen- und Meisterprüfung 2c. Der Gewerbeverein zu Zittau bittet, auch bei den ferneren Berathungen einer Reform der Gewerbeordnung und des Innungswesens den Inhalt einer beigefügten Schrift: „Wie das deutsche Kleingewerbe über die Reform der Reichs-Gewerbeordnung denkt", zu berücksichtigen. Der Dresdner Thierschutzverein erklärt seinen Anschluß an die Petition des kynologischen Vereins zu Dresden um Abänderung der Gesetzvorlage, betreffend die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen, und Paul Hoffmann zu Chemnitz petitionirt betreffs der Wiedereinführung der Wuchergesetze.

— Hinsichtlich der Pirna-Berggießhübler Secundär-Eisenbahn läßt sich nunmehr bestimmt annehmen, daß mit 15. Juli d. J. die Verkehrseröffnung, wenn auch zunächst nur interimistisch, auf dem Baugeleise wird erfolgen können; so rüstig ist nämlich der ausgedehnte schwierige Bau gefördert worden. Der größte Kunstbau der ganzen Strecke, der ca. 13 Mtr. hohe und 60 Mtr. lange, vierbogige Viaduct an der zu Langenhennersdorf gehörigen Heringsmühle im Gottleubathale wird in dieser Woche fertig; für den etwa 500 Meter oberhalb des ersteren zu schaffenden zweiten, 9 Meter hohen und 50 Meter langen Viaduct werden schon die Wölbgerüste gestellt, auch der wird sicher Mitte Juni fertig sein.

— Gestern am 3. Ziehungstage erhielt die Lotterie-Kollektion von Rob. Schinck hier den Hauptgewinn von 30,000 Mark auf Nr. 44,072.